

THEMA DER AUSGABE:

KOSOVO: EINE INNENANSICHT

Die bereits notorische Balkanmüdigkeit hat eingesetzt, die Frustration über die so zähen Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität in dieser Wind- und Wetterecke Europas, verstärkt noch durch die Verschiebung internationaler Prioritäten im Rahmen der weltweiten Terrorismusbekämpfung. Die politische Aufmerksamkeit für den Balkan schwindet, und mit ihr die Gelder für den Stabilitätspakt. Dies entspricht dem wohl unvermeidlichen Gang der internationalen Politik. Damit aus dem Gang jedoch kein Zyklus wird, man nicht wieder dort anfangen muss, wo man Jahre zuvor aufgehört hat, bleibt volle Konzentration auf die Konfliktnachsorge von zentraler Bedeutung. Denn Konfliktnachsorge ist Konfliktvorsorge - gerade auf dem Balkan. Was hier heute versäumt wird, holt die internationale Politik morgen ein.

Das gilt für Bosnien und Herzegowina, Mazedonien wie auch für das Kosovo. Deshalb warb der neue Leiter der UN-Mission im Kosovo (UNMIK), Michael Steiner, mit solchem Nachdruck vor dem UN-Sicherheitsrat im April diesen Jahres für ein unvermindertes Engagement der internationalen Gemeinschaft im Kosovo. Mit einer für den Balkan wohl dosierten Mischung aus hemdsärmeliger Entschlossenheit und werbenden Gesten weiß er die Herzen der Kosovo-Albaner zu gewinnen, sichert ihnen eine sukzessive Steigerung ihrer Eigenverantwortlichkeit zu, bindet diese jedoch an klare Bedingungen. Doch er weiß: Die Zeit arbeitet gegen ihn und die Kosovaren. Eine Ansprache vor der neuen parlamentarischen Versammlung in Prishtina beendete er mit den beschwörenden Worten: „Wir sind in einem Wettlauf gegen die Zeit. ... Es gibt keine Zeit zu verlieren.“

Viel ist über die Statusfrage des Kosovo seit 1999 geschrieben worden, manches sehr kritisch. Die Frage bleibt ein Dauerbrenner. Auch in Prishtina selbst wird noch viel Zeit damit verbracht, die Optionen einer wohl noch fernen Zukunft zu wägen. Doch die in-

ternationale Gemeinschaft hat sich vorerst festgelegt: Erst müssen die Kosovaren demokratische Reife und Europafähigkeit nachweisen, erst dann kann die Statusfrage ernsthaft angegangen werden. Die mehrwöchige Hängepartie bei der Regierungsbildung wie auch die ersten Wochen der Arbeit des neuen Parlaments haben demonstriert, dass der Weg dahin noch steinig ist.

Zentrale Bedeutung wird dabei den „Benchmarks“ zukommen, die Steiner vor dem UN-Sicherheitsrat formulierte. An ihnen werden sich die Kosovaren künftig messen lassen müssen. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann die Statusfrage angegangen werden, kann auch über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU nachgedacht werden:

- Existenz effektiver, repräsentativer und funktionierender Institutionen im Kosovo
- Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit
- Bewegungsfreiheit
- Respekt vor dem Recht jedes Kosovaren zu bleiben und zurückzukehren
- Entwicklung einer soliden Basis für eine Marktwirtschaft
- Klarheit in den Eigentumsrechten
- ein normalisierter Dialog mit Belgrad, und
- eine Reduzierung und Transformierung des „Kosovo Protection Corps“ wie im Mandat angelegt.

Das klingt für westeuropäische Ohren selbstverständlich. Wer jedoch zuletzt wie der Autor im Kosovo und mit UNMIK-Eskorte in Nord-Mitrovica war, weiß wie weit die Gesellschaft dort von diesen „Benchmarks“ entfernt ist. Wenn man sich die Geschichte des Kosovo bis 1999 vor Augen hält, ist dies kaum verwunderlich. Die Zeit der Unterdrückung jeglicher Autonomie und der Parallelstrukturen wirkte der Herausbildung dieser Maßstäbe demokratischer Reife über zehn Jahre diametral entgegen. Stimmen inter-ethnischer Toleranz, die es Anfang der 1990er Jahre unter den Albanern durchaus noch gab, konnten vor dem Hintergrund

der Erfahrung des serbischen Ethnonationalismus im Alltag der Kosovo-Albaner kein Gehör finden. Stimmen, die für Demokratie und Pluralismus eintraten, mussten erleben, wie sich die Reihen hinter der allmächtigen LDK schlossen. Dies war nicht die Zeit für Opposition und innerparteiliche Demokratie. Die wenigen Stimmen, die für Recht und Gesetz eintraten, waren einsame Rufer in der Wüste angesichts eklatanter serbischer Willkürakte wie auch Korruption und Vetternwirtschaft in den eigenen Reihen. Was demnach seit 1999 im Kosovo geschieht, ist ein Crashkurs in Demokratie, auf minimaler Ausgangsbasis. Vor diesem Hintergrund sind die „Benchmarks“ zu sehen.

Steiner hat damit den Blick auf die Innenverhältnisse im Kosovo gelenkt. Diese sind viel zu wenig Thema von Analysen auswärtiger Beobachter. In dieser Ausgabe des *SOE-Monitor* wird der Versuch gemacht, dieses Defizit ein Stück weit zu reduzieren. Albanische wie serbische Autoren kommen zu Wort. Manche von ihnen sind noch jung und schreiben das erste Mal in westlichen Medien. Sie alle geben ihre persönliche Meinung wider. So entsteht ein facettenreiches Bild, an dem der Leser hoffentlich Gefallen finden wird.

Dr. Rafael Biermann, ZEI

INHALT

- Rexhep Meidani:**
Albanien und das Kosovo
- Neithart Höfer-Wissing:**
UNMIK und die Selbstverwaltung in Kosovo
- Agron Shala:**
Koexistenz in Kosovo: der Versuch, Öl und Wasser zu mischen
- Alexandra Tekijaski:**
Das serbische Leben im Kosovo
- Emil Mintchev:**
Kosovo - die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsperspektiven

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von hochrangigen Politikern ab. Wir setzen die Serie mit einem **Beitrag von Prof. Dr. Rexhep Meidani** fort, bis vor kurzem noch Präsident Albaniens. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Präsident Meidani am 21. Juni 2002 am ZEI gehalten hat.¹

Verehrte Freunde, liebe Kollegen und Studenten,

... die demokratischen Prozesse auf dem Balkan wurden behindert, ja waren Geisel der vier Nachfolgekriege auf dem Territorium der früheren jugoslawischen Föderation, die vom Milosevic-Regime, seinen ethnischen Säuberungen und seiner Politik des Völkermordes ausgelöst wurden, in Bosnien wie in Kroatien und im Kosovo. Die jüngere Geschichte Jugoslawiens und, allgemeiner, der Transitionsländer in Osteuropa scheint zu lehren, dass es eine notwendige und vielleicht sogar hinreichende Bedingung für eine Sezession ist, wenn man Teilrepublik einer „sozialistischen Föderation“ ist. Alle 15 ehemaligen Sowjetrepubliken sind heute unabhängige Staaten; die Tschechische Republik und die Slowakei haben sich getrennt; Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien sind nicht länger konstitutive Teile der jugoslawischen Föderation, die zuvor aus acht Einheiten bestand: sechs Republiken und zwei Autonomen Provinzen, Kosovo und Vojvodina. Kosovo ist heute ein internationales Protektorat. Die Vojvodina, die ihre Autonomie vor Milosevics Angriff auf die anderen Einheiten der Föderation verlor, verhandelt intern mit Serbien ihren künftigen Status. Montenegro und Serbien sind noch immer formell zusammen, aber die Optionen der Zukunft zwischen ihnen bestehen aus einer Art Trilemma: politische Union, einfach ökonomische Verbindungen oder zwei getrennte unabhängige Staaten.

Meiner Meinung nach haben die Führer der großen Demokratien Schwierigkeiten zu realisieren und anzuerkennen, dass weder die verbliebene Union „Serbien und Montenegro“ noch Serbien wirklich de-

mokratisch sein können, so lange deren Führer, nach diesem Prozess der Desintegration, weiterhin darauf bestehen, an Territorien wie Montenegro und Kosovo festzuhalten, deren Bevölkerungen, nach den Wahlen, ihr internationales Recht auf Selbstbestimmung ausüben wollen durch einen schrittweisen interdependenten Prozess der euro-atlantischen Integration.

In Wahrheit sind Realitäten wie die „Bundesrepublik Jugoslawien“ nur Milosevic-produzierte Fiktionen, die – wie der Rest dieses Regimes – verschrottet werden sollte, aber nicht nur durch eine Änderung des Namens. Vorhersagen zu machen oder ein delphisches Orakel auf dem Balkan sein zu wollen ist fast unmöglich. Doch meine Perzeption ist, dass es keine begründete Basis für die Furcht gibt, dass ein unabhängiges Montenegro einen „Domino-Effekt“ nicht nur für das Kosovo ..., sondern auch für die Republika Srpska oder die mehrheitlich kroatischen Teile Bosnien und Herzegowinas auslöst. ...

Im Kosovo ist die UN für die Etablierung der Selbstverwaltung zuständig. In diesem Sinn waren die Wahlen vom 17. November 2001 ... ein Erfolg. Ein weiterer Erfolg ist der Aufbau der Institutionen, die dort künftig regieren und eine wirklich demokratische und multi-ethnische Gesellschaft und eine freie Marktwirtschaft aufbauen und nun einen raschen Privatisierungsprozess in Gang setzen. Auf der anderen Seite muss, neben der Beteiligung der Serben an den neuen Institutionen im Kosovo, das Problem der faktischen Teilung Mitrovicas gelöst werden, das seit Beginn der KFOR-Intervention und dem zögerlichen Vorgehen der französischen Truppen existiert. ...

Vor einigen Tagen wurde eine internationale Debatte über den künftigen Status des Kosovo vorgeschlagen. Das zeigt, dass der zukünftige Status kein serbisch-albanisches Problem, auch kein regionales, sondern ein internationales Problem ist, das aus dem derzeitigen Status eines internationalen Protektorates resultiert. Was die Zeitfrage anbelangt, kann man natürlich zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Persönlich halte ich den institutionellen Weg für den demokratischsten. In diesem Sinn kann man sehr natürlich und schrittweise von einem absoluten Protektorat über ein bedingtes zu einem lockeren Protektorat gelangen. Das impliziert größere Vollmachten für die gewählten Organe, ein wachsendes Maß an Erfahrung im Regieren und eine Stärkung der demokratischen Strukturen. Dann werden die Bedingungen reif sein, um fruchtbarer über den Endstatus reden zu können, wie er sich durch ein öffentliches Referendum im Kosovo und durch eine realistische Anpassung der internationalen Abmachungen ergeben kann. In diesem Sinn würde ich gerne einen Ausschnitt aus einem Interview Henry Kissingers zitieren, das er dem französischen Journal „Politique Internationale“ gab: „Wir haben die Wahl zwischen zwei Lösungen: entweder helfen wir dem Kosovo unabhängig zu werden, oder wir verlängern das Protektorat auf ewig. Letztlich glaube ich ist die Unabhängigkeit unvermeidlich, denn niemand will dort ewig bleiben.“ ...

(Übersetzung der Redaktion)

¹ Leider hat die Redaktion einen zugesagten Beitrag vom kosovo-albanischen Ministerpräsidenten Bajram Rexhepi nicht erhalten. Wir drucken hier deshalb Auszüge der Rede von Präsident Meidani ab, die besonderen Bezug zur Kosovo-Problematik haben.

UNMIK und die Selbstverwaltung im Kosovo – Szenen einer Ehe

Die ersten Monate der voraussehbar komplizierten Ehe zwischen UNMIK und den neuen Institutionen der Selbstverwaltung im Kosovo zeigen eine schwierige Gemengelage auf beiden Seiten.¹ Schon der „Ehevertrag“, das „Constitutional Framework“, ist keineswegs mit einer normalen Verfassung gleichzusetzen. Vielmehr enthält er vor allem Elemente eines Kompetenzabgrenzungsvertrags, wobei viele Bereiche bewusst unscharf gehalten wurden. Mechanismen zur Koordinierung von transferierten und reservierten Aufgabenfeldern werden entwickelt (z.B. regelmäßige „2+3“-Treffen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, SRSG, und des KFOR-Kommandeurs mit dem Präsidenten, dem Parlamentspräsidenten und dem Ministerpräsidenten, dem Economic and Fiscal Council), müssen aber sicher noch verbessert werden. Auf der bisweilen engen Bühne müssen die Akteure ihre Rolle teilweise erst noch finden, die sich zumindest im Falle der UNMIK beständig verändern wird. Michael Steiner (SRSG) versucht mit seinen „Benchmarks“ diesem Umstand Rechnung zu tragen. Das Kosovo braucht eine Richtungsvorgabe, die allen Beteiligten ein größeres Maß an Sicherheit über den künftigen Weg gibt und durch die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen auch für mehr Kohärenz sorgt.

Während es einerseits UNMIK's erklärtes Ziel ist, „loszulassen“, was losgelassen werden kann, muss die UN-Interimsverwaltung auf der anderen Seite nicht nur für eine möglichst reibungslose Übertragung der bisher von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die neuen Institutionen sorgen, sondern gleichzeitig auch sorgfältig darauf achten, dass die neuen Institutionen sich nicht Funktionen anmaßen, die mit der

UN-Sicherheitsratsresolution 1244 nicht vereinbar sind und daher unter den „reserved powers“ des SRSG verbleiben.

Die neu errichteten Institutionen versuchen verständlicherweise, den eigenen, zugegebenermaßen noch recht beschränkten Verantwortungsbereich energisch auszuweiten. Im politischen Wettstreit unter den kosovo-albanischen Koalitionspartnern wird Kritik an UNMIK dazu benutzt, im Hinblick auf die bevorstehenden Lokalwahlen und partei-interne Machtkämpfe Profil zu gewinnen.

Die Situation wird ferner dadurch geprägt, dass weite Teile der kosovarischen Elite noch nicht über das nötige Verständnis für moderne demokratische Regierungsformen verfügen. Sie sehen sich aber unter, teilweise selbst induziertem, Erwartungsdruck der Öffentlichkeit, die für die natürlichen Kinderkrankheiten, der sich jede Regierung gegenübersehen würde - und schon gar im Kosovo! -, wenig Verständnis aufbringt. Dies hat für Friktionen zwischen Regierung und Parlament gesorgt, die sich gegenseitig beschuldigen, dafür verantwortlich zu sein, dass es noch kaum verabschiedete Gesetze gibt. Das Verständnis dafür, dass gute Gesetzgebung gründliches Nachdenken und entsprechend Zeit braucht, und dass Institutionen, die aus dem Nichts entstehen, natürliche Anlaufprobleme haben, ist gering.

In der Versammlung herrscht eine gespannte Atmosphäre: Sie versteht sich weitgehend als Opposition gegen UNMIK und nicht nur als Bühne des Parteienstreits. Die serbische „Koalition Rückkehr“ (KP) versteht es noch nicht, die ihr zustehenden Rechte wirkungsvoll zu nutzen. Erschwerend kommt

hinzu, dass die albanische Mehrheit, aber leider auch der Parlamentspräsident, immer wieder die Regeln nicht respektieren. Obwohl man des Englischen durchaus mächtig ist, mögen Unzulänglichkeiten der albanischen Übersetzung und Mangel an Übung ihren Anteil an dieser unerquicklichen Lage haben. Dies führt beispielsweise dazu, dass bei Abstimmungen der Vorsitzende nicht wartet, bis auch bei den Serben die Übersetzung „angekommen“ ist. Man darf bei allem Verständnis für die Beschwerden der KP allerdings nicht vergessen, dass es durchaus ins Kalkül gehört, sich selbst ständig als leidende Opfer darzustellen. Hinter den Anpassungsproblemen der serbischen Abgeordneten steht aber auch die allmählich wachsende Erkenntnis, im Gegensatz zu früher nunmehr permanent mit der Rolle einer Minderheit zurechtkommen zu müssen.

Die Versammlung hatte natürlich auch darunter zu leiden, dass sie am Anfang zu wenig konkret zu tun hatte und der hohen Erwartungshaltung der Bevölkerung nicht gerecht werden konnte. Es dürfte vor allem am Mangel an Erfahrung gelegen haben, dass den üblichen Aspekten einer Parlamentskonstituierung wie Geschäftsordnung, Ausschussbildung usw. zunächst wenig Beachtung geschenkt wurde. Unter diesen Umständen mag es auch aus taktischem Kalkül nahegelegen haben, verbale Muskeln zu zeigen. Hierfür boten sich zwei Problembereiche an: die seit Errichtung der internationalen Präsenz unbefriedigende Durchsetzung der UNMIK-Autorität in Mitrovica und dem nördlichen Kosovo und die Unzufriedenheit mit den Auswirkungen des jugoslawisch-mazedonischen Grenzvertrags vom Februar 2001. Obwohl Michael Steiner alles Erdenkliche unternahm, um es nicht zu einer massiven Kompetenzverletzung kommen zu lassen, versuchten die albanischen Parteien sich gegenseitig auszustechen. Sie brachten mit ihrer erdrückenden Mehrheit eine Resolution durch, die sich nicht nur mit der Lage in Mitrovica befasste, sondern in der Stellungnahme zur Grenzfrage eben auch verbotenes, internationales Terrain berührte. Steiner blieb unter diesen Umständen gar nichts anderes übrig als die Resolution umgehend zu annullieren, und es dürfte kaum im Interesse weitsichtiger kosovarischer Politiker gewesen sein, dass die Internationale Gemeinschaft diese Intervention sofort einhellig unterstützte und damit alle Unklarheiten



beseitigte. Eine solche Krise kann natürlich heilsame Wirkung entfalten, indem sie für Klärung der Verhältnisse sorgt.

Nur wenig später führte der Streit um den Eid zu einer neuen Waffenprobe: Um die Einheit der Regierung zu betonen und ihre Kohäsion zu fördern, veranlasste der SRSG in Abstimmung mit dem Regierungschef, dass die Regie-

Andreas Wittkowsky:
**Modellfall Kosovo? UNMIK
 und die Architektur künftiger
 internationaler Mandate,**
 Politikinformation Osteuropa,
 94/Nov. 2001,
 Friedrich-Ebert Stiftung

rung nach ihrer Komplettierung mit kosovo-serbischen Vertretern einen Amts- eid ablegen sollte. Überraschend weigerte sich das Parlamentspräsidium, die Eidesleistung auf die Tagesordnung zu setzen, mit der provozierenden Begründung, hierbei handele es sich um „Puppentheater“. UNMIK bemühte sich um De-Eskalierung und so wurde der Eid in Anwesenheit Steiners unterschrieben. Interessanterweise legte sich der anfängliche Sturm der Entrüstung im Parlament, der sich jetzt mehr gegen das eigene Präsidium als gegen UNMIK richtete, recht schnell.

Im Kontrast zur Versammlung versteht es die Regierung, sich durch demon-

strative Kooperationsbereitschaft die Sympathien der internationalen Gemeinschaft zu sichern. Dahinter steckt die nüchterne und von Regierungsvertretern keineswegs verschwiegene Erkenntnis, aus Mangel an Kapazitäten noch lange Zeit auf die Internationalen angewiesen zu sein. Mitschwingen mag auch die zutreffende Überlegung, zusätzliche Kompetenzen am schnellsten mit und nicht gegen UNMIK zu erlangen, wobei die erste Voraussetzung ist, zunächst einmal den bereits vorhandenen Aufgaben gewachsen zu sein. Die konsequente Fortsetzung dieser Strategie, zu der namentlich auch publikumswirksame Unterstützung der Flüchtlingsrückkehr gehört, wird es Steiner leichter machen, seinem erklärten Ziel des „let go“ zu folgen und weitere Verantwortung zu delegieren. Hinter den Kulissen bereitet sich natürlich ein zähes Ringen um mehr Befugnisse, vor allem im fiskalischen Bereich vor. Die schon aus Bosnien-Herzegowina unruhlich bekannte Rivalität internationaler Geberorganisationen, die ihren Auftraggebern schnelle Erfolge vorweisen wollen, wird bewusst ausgenutzt.

Bei alledem ist auffällig, dass es zumindest vordergründig zu einem Rollentausch zwischen LDK und PDK gekommen ist. Erstere sucht Profil durch Herausforderung an die Adresse der UNMIK, wobei wiederholtes Beharren auf umgehender Erlangung der Unabhängigkeit vielleicht auch nur den Mangel an programmatischer Substanz überdecken soll. Bei dieser Politik spielen innerparteiliche Machtkämpfe eine große Rolle und dürften die Handlungen des Parlamentspräsidenten Daci weitestgehend

erklären. Die PDK tritt öffentlich für enge Zusammenarbeit mit der Internationalen Gemeinschaft ein - mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Die jüngsten Verhaftungen in Fällen von Morden innerhalb der albanischen Gemeinschaft, wobei die Verdächtigen häufig genug den Reihen der UCK bzw. jetzt dem KPC entstammen, werden mit allen Mitteln bekämpft, wobei die Gleichsetzung von UNMIK und den Roten Khmer den tiefsten Schlag unter der Gürtellinie bildete.

Solche, gegen die Herrschaft des Rechts gerichtete Aktionen, wie auch das monotone Beharren auf politischen Maximalforderungen ohne Bereitschaft zu substantieller Anstrengung in den Niederungen der Politik (LDK) könnten Zweifel daran wecken, ob sich die politische Klasse des Kosovo wirklich in Richtung der „Benchmarks“ bewegt. Hier wird es wesentlich darauf ankommen, durch intensivere Einbeziehung der Institutionen die „Benchmarks“ zu den ihren zu machen und ein gemeinsames Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es auf die Schaffung eines multiethnischen Kosovo entscheidend ankommt. Im sich anbahnenden Wahlkampf wird dabei einer der Partner, nämlich UNMIK, mit fortschreitendem Liebesentzug zu rechnen haben. Um so mehr bleibt UNMIK auf die Solidarität der internationalen Gemeinschaft angewiesen.

Neithart Höfer-Wissing, UNMIK

¹ Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

Koexistenz im Kosovo: der Versuch, Öl und Wasser zu mischen

„Perspektiven für die Versöhnung auf dem Balkan zu suchen ist, als ob man Öl und Wasser zu mischen versucht.“ So beschreibt ein amerikanischer Journalist die Zukunftschancen des Kosovo - eine Zukunft, die auf einer Koexistenz ethnischer Gruppen basiert, wie es sie derzeit im Kosovo nicht gibt.

Die Region um Pec/Peja, im westlichen Kosovo, bietet nach Ansicht der UNMIK die besten Bedingungen für eine Rückkehr der Serben. Doch das erste und letzte Mal, dass eine organisierte Rückkehr stattfand, war im letzten Jahr im Juli, im Dorf Osojan nahe Pec/Peja, und

dieses Ereignis hatte deutliche Rückwirkungen auf die Bereitschaft der Serben zur Teilnahme an den allgemeinen Wahlen im Oktober.

75.000 Serben und Montenegriner, so verkündete UNMIK kürzlich, sind aus dem Kosovo geflohen. Allerdings sind dies nur Schätzungen. Genaue Zahlen gibt es nicht und Versuche von serbischer Seite, die Zahlen zu manipulieren, sind nicht auszuschließen. UNMIK will diese Flüchtlinge repatriieren. Doch viele von ihnen haben ihr Heim im Kosovo inzwischen verkauft oder verloren. Nur 30.000, so die Schätzungen, hät-

ten noch eine Bleibe bei einer Rückkehr. Milovoj Ribac, der serbische Repräsentant in der Gemeinsamen Kommission für die Flüchtlingsrückkehr, sagte kürzlich: „Der Verkauf von Wohnungseigentum im Kosovo ist sehr beunruhigend. Wenn das so weitergeht, werden wir nichts mehr haben, wohin wir zurückkehren können.“ Ob für diese Rückkehrer neue Enklaven geschaffen oder vorhandene vergrößert werden müssen, ist offen; ebenso, wie diese Flüchtlinge überhaupt von den Albanern im Kosovo aufgenommen würden. Die Kriegserfahrung ist noch immer lebendig und die Serben haben

ihre Ansichten über sich selbst und das Kosovo kaum revidiert.

Vor zwei Jahren machte eine deutsche Journalistin im Gespräch mit dem Autor die Albaner für die Existenz der serbischen Enklaven im Kosovo und für den Mangel an Bewegungsfreiheit der Serben verantwortlich. Doch vergaß sie, dass sich auch die Albaner nicht frei in den serbischen Enklaven bewegen können. Ihr Denken unterschied sich nicht viel von dem westlicher Diplomaten, welches die Albaner, die Opfer des Krieges, für die Übeltäter hält. „Die Albaner sind in der Mehrheit und sie sollten Bedingungen für ein normales Leben der Serben im Land schaffen“, heißt es von Repräsentanten ausländischer Vertretungen im Kosovo. Wie aber kann Verständnis zwischen Albanern und Serben wachsen, wenn beide Seiten so unterschiedliche Visionen über die Zukunft des Kosovo haben? Und UNMIK hat noch immer kein Konzept, wie diese politischen Divergenzen überwunden werden können.

Mehr als 12.000 Albaner warten noch immer darauf, in das nördliche Mitrovica zurückkehren zu können. 2.000 Serben wollen in den Süden zurückkehren. 2.000 Albaner leben isoliert in drei

Mini-Enklaven im Norden der Stadt, innerhalb der großen serbischen Enklave, und 18 Serben im Süden Mitrovicas wollen ebenfalls in Frieden leben. Drei Jahre nach Ende des Krieges ist es UNMIK noch immer nicht gelungen, die Wünsche dieser Bürger zu erfüllen. Drei Jahre nach Kriegsende besuchen Albaner noch immer den Norden Mitrovicas nur mit KFOR-Eskorte, so wie die Serben es beim Besuch ihrer orthodoxen Kirche im Süden der Stadt tun. Drei Jahre nach Kriegsende gibt es noch immer keine Bewegungsfreiheit, weil jenseits des Flusses Ibar noch immer die serbischen Paramilitärs, die „Bridge Watchers“, wachen.

Der Internationale Verwalter von Mitrovica, David Mitchels, kündigte die Beseitigung dieser illegalen Formation an, die aus Belgrad finanziert wird; doch, so sagt er, „eine Strategie für die Wiedervereinigung der Stadt ist schwer zu finden.“ Kein Wunder, dass UNMIK deshalb – und auch wegen des letzten Berichts der International Crisis Group, der UNMIK direkt für die faktische Teilung des Kosovo verantwortlich macht – von den Bürgern hier immer wieder „United Nations Mission Impossible in Kosovo“ genannt wird.

Die westlichen Diplomaten sind sich mit den albanischen und serbischen Führern in ihrem Plädoyer für die Koexistenz im Kosovo einig – doch haben sie jeweils ganz unterschiedliche Konzepte. Marijan Ilincic, ein Vertreter der „Bridge Watcher“, meint, eines Tages werde jeder in sein Haus zurückkehren, ein normales Leben führen, vielleicht wie in Titos Zeiten. Doch wann wird das sein und unter welchen politischen Umständen wird es dieses „normale Leben“ geben?

Vor Beendigung seiner Mission im Kosovo sagte der Leiter des deutschen Büros in Prishtina, Michael Schmunk, der endgültige Status des Kosovo werde nicht die

Löcher in den Straßen von Prishtina füllen. Seiner Meinung sind viele internationale Diplomaten: In Wirklichkeit gehe es den Bürgern des Kosovo vor allem um Brot und Butter. Doch gibt es auch viele Bürger, die zunächst einmal anderes interessiert: nämlich die Frage des künftigen Status des Kosovo. Denn davon hängt jeder Fortschritt ab – vor allem die Koexistenz.

International Crisis Group
Balkans Report No. 131
Unmik's Kosovo Albatross:
Tackling Division in
Mitrovica
3 June 2002

Die internationalen Vertreter bestehen darauf, nicht über den Status des Kosovo zu sprechen. Die Albaner bestehen auf der staatlichen Unabhängigkeit. Die Serben sind gegen alles, was das Kosovo auf eigenen Füßen stehen lässt. Die Serben wollen das Kosovo unter serbische Jurisdiktion zurückkehren lassen, was für die Albaner ausgeschlossen ist. Serben sehen mutmaßliche Kriegsverbrecher als nationale Helden an – wie der junge Serbe, der mit einem Photo von Karadzic auf dem T-Shirt vor einem schwedischen KFOR-Soldaten in Gracanica auftaucht –, während die Albaner noch immer auf einen Führer wie Willy Brandt warten.

In dieser Situation ist es praktisch unmöglich, ein neues Einvernehmen zwischen Serben und Albanern zu erreichen. Albaner und Serben haben keine gemeinsame Sicht der Zukunft des Kosovo. Die Serben müssen die neue Realität im Kosovo erst noch akzeptieren, eine Grundbedingung für die Koexistenz; die Albaner sollten nicht fürchten, dass sich die Vergangenheit noch einmal wiederholen kann. Dann können „Brot- und Butter-Fragen“ viel leichter gelöst werden. Ansonsten werden Koexistenz und Fortschritt nur Schlagwörter bleiben.

Agron Shala, „ZERI“

(Übersetzung der Redaktion)



Das serbische Leben im Kosovo

Vor zwanzig Jahren hätte man einen solchen Artikel wie diesen wohl überschrieben: „Das Leben der jugoslawischen Nationen und Nationalitäten im Kosovo: ein Zusammenleben in Einheit und Brüderlichkeit.“ Vor zehn Jahren hätte sich der Titel wohl unterschieden, je nachdem wer schreibt. Milosevics Leute hätten etwa getitelt „Das Leben der Serben im Kosovo: Wiege des Abendlandes und der jugoslawischen Idee“, während man anderswo wohl geschrieben hätte: „Das Leben der Serben im Kosovo: ein System der Repression der albanischen Bevölkerungsmehrheit.“ Brennend wichtig ist die Frage, wie man in weiteren zehn Jahren titeln wird.

Die Völker des Balkan kennen sich mehr von Kriegszeiten als von Zeiten des Friedens. Die Region ist gekennzeichnet von verformter Historiographie, die sich stets an den Sympathien und Interessen der Eliten orientierte. Bis zum Krieg in Bosnien besaß die serbische Gesellschaft die Definitionshoheit über die Geschichte des Kosovo, angefangen vom Ersten über das Zweite Jugoslawien bis hin zur Bundesrepublik Jugoslawien. Zudem war Serbien das Machtzentrum auf dem Balkan seit dem Berliner Kongress. Viele Autoren beginnen ihre Geschichtsschreibung dabei erst Ende des 19. Jahrhunderts, mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches, dem Aufkommen der nationalen Idee und dem weitgehenden Abschluss der Migration in der Region. In diesem

Kontext ist die Debatte darum, wem das Kosovo historisch „gehört“, zu verstehen. In diesem Sinn wurden auch die Bevölkerungsstatistiken ungeniert manipuliert. Mit der Polarisierung durch die nationale Selbstfindung wuchs auch der Hass zwischen Albanern und Serben, wobei letztere als christliche Nation in Europa die besseren Karten besaß. Der Wettlauf um die Unabhängigkeit war dabei das logische Folgeprodukt des Zerfalls des Osmanischen Reiches. Was das serbische Reich in diesen Jahrzehnten tat, würde man heute als flagrante Menschenrechtsverletzungen charakterisieren. Es wurde damals jedoch von den westeuropäischen Großmächten gebilligt. 1878 wiesen sie in Berlin die Autonomieforderung der Albaner zurück. Sie unterstützten das serbische Argument, dass die Albaner keine eigene Ethnie sind, sondern „nur eine Summe verstreuter Stämme“. Dies lag voll auf der Linie der Karadjordjevic und auch später Milosevics.

Vor diesem Hintergrund, der hier nur angerissen werden kann, ist die aktuelle Lage zu sehen. Das Leben der Serben im Kosovo ist heute mehr virtuell als real. Die Serben sind nicht nur mit einer stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit konfrontiert. Der Druck auf Rückkehr der abgewanderten Serben ins Kosovo ist erheblich. Für UNMIK steht dies mit an der Spitze seiner Agenda. Der Ombudsmann für das Kosovo meinte allerdings kürzlich, für eine Rückkehr könnte es noch zu

früh sein. Einige Flüchtlinge sind in Serbien in einen Hungerstreik getreten, um die Rückkehr durchzusetzen. Einer wurde kürzlich gefragt, ob er den Premierminister des Kosovo anerkennen würde - seine Antwort war negativ.

Das Leben der Serben im Kosovo hat sich deutlich gewandelt, seit die internationale Gemeinschaft das Prinzip der „positiven Diskriminierung“ gegenüber den Minderheiten angewendet. Es ist eine langfristig angelegte Politik, die Resultate für die kommende Generation bietet, wenn sich die wirtschaftlich-soziale Lage entspannt hat. Was beunruhigt, ist jedoch das allseitige Bestreben, rasch vergessen zu wollen was war. Die internationale Gemeinschaft drängt die Albaner, die Kosovo-Serben wieder aufzunehmen, ohne dass es jedoch zuvor zu einem substantiellen Wandel auf serbischer Seite gekommen ist. Damit jedoch ändert sich am Drang vieler Albaner, Vergeltung zu üben, nichts. Der Krieg ist beendet, der Frieden jedoch noch sehr brüchig. Die Instabilität weiter zu erhöhen mag sich als selbstzerstörerisch erweisen.

Die Politik der Kosovo-Serben ist so inkohärent wie zuvor. Die Hauptdifferenz zwischen den zwei Lagern liegt darin, ob sie UNMIK und die lokalen Autoritäten im Kosovo anerkennen oder nicht. Im Grunde warten alle auf weitergehende praktische Schritte auf Seiten UNMIKs und Belgrads. Die serbischen Parteien haben zwar ihre Bereitschaft zur Teilnahme an den kommenden Kommunalwahlen im September bekundet, doch viele Serben haben sich noch nicht entschieden, ob sie an den Wahlen teilnehmen wollen.

Die Schwierigkeiten von den Parlamentswahlen im letzten Jahr sollten sich dabei nicht wiederholen. Da die Autorin als Wahlhelferin im weithin bekannt gewordenen und umstrittenen Wahllokal in der Technischen Schule von Mitrovica anwesend war, mögen die Eindrücke von dort geschildert sein. Die „Bridge-watcher“ waren extrem mobil und pendelten zwischen den Wahllokalen. Serben, die wählen wollten,



wurden von den „Bridgeworkers“, die den ganzen Tag vor dem Wahllokal Wache standen, bedroht. Der Konflikt innerhalb der serbischen Gemeinschaft ging letztlich darum, ob man sich für oder gegen eine Integration in das neue System im Kosovo ausspricht. Dabei ist auffällig, dass die Zahl der Serben, die sich registrieren ließen und tatsächlich auch wählten, unter den Flüchtlingen in Serbien und Montenegro höher lag als unter den Serben im Kosovo: dort zwischen 50 und 60 Prozent, hier nur etwa 40 Prozent. Die Wähler in Serbien und Montenegro hatten also maßgeblichen Einfluss auf die Auswahl der 22 serbischen Abgeordneten im Parlament des Kosovo. An den Kommunalwahlen im Jahr 2000 nahm die serbische Bevölkerungsgruppe gar nicht teil. Die Botschaft, welche die internationale Gemeinschaft an die Kosovo-Serben richtet, wird maßgeblichen Einfluss darauf haben, in wie weit sich die Serben im Ringen um eigene Lokalverwaltungen in den Enklaven bei den kommenden Wahlen beteiligen.

Dabei unterscheidet sich das Leben zwischen Nord-Mitrovica und den Enklaven. Die serbischen Vertreter

in Mitrovica präsentieren sich noch immer als „Führer“ des Kosovo. Die Einwohner in den Enklaven haben jedoch begonnen, mit den Albanern zu handeln und ihre Autnummernschilder bei den kosovarischen Autoritäten zu registrieren. Einige der Enklaven sind streng von KFOR bewacht. Einige der früher serbischen Dörfer sind völlig entleert, in anderen sind nur zwei oder drei alte Leute verblieben, von der doppelten Zahl von KFOR-Soldaten bewacht, die ihnen Nahrung bringen, sie mit Wasser und Elektrizität versorgen und ihnen Eskorten in „Konvois“ zu den offenen Märkten in Gracanica oder Nord-Mitrovica anbieten.

Das Skirevier Brezovica, eine serbische Enklave mit zwei großen Hotels und mehreren Jugendherbergen, bot in der letzten Saison das erste Mal seit 1999 albanischen Skifahrern Unterkunft. Je mehr die Zeit voranschreitet, desto mehr realisieren die Kosovo-Serben die Realität der Armut. Ihr Blick wendete sich von den hohen politischen Idealen zum reinen Überleben. Die Gedanken über die Zukunft führen zur Grundfrage des Bleibens oder Abwanderns nach Serbien. Einige be-

ginnen deshalb das kosovarische Erziehungssystem anzuerkennen, andere senden ihre Kinder nach Nord-Mitrovica oder ins südliche Serbien. Die Position der Kirche wird moderater. Die Verlautbarungen des Episkopats von Raska-Prizren zeigen den Willen zur Kooperation unter der Bedingung, dass beide Seiten das Häkkerup-Covic-Abkommen von 2001 implementieren, also das serbische Erbe im Kosovo sichern und vor allem faire Bedingungen für eine Rückkehr garantieren. Zuletzt war der Premier des Kosovo bei den Osterfeierlichkeiten im Kloster Pec/Peja anwesend. Die Einstellung vieler Serben jedoch hat sich, urteilt man nach den Feierlichkeiten zur Schlacht auf dem Amselfeld in diesem Jahr, kaum geändert: wieder wurde es mit viel Feuerwerk, Brandy und nationalistischen Liedern begangen. Letztlich wird die Zukunft der Serben im Kosovo nicht zuletzt von ihrer eigenen Einstellung abhängen.

Aleksandra Tekijaski,
Kosovo Law Center,
OSZE, Prishtina
(Übersetzung der Redaktion)

Kosovo - die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsperspektiven

Der Text bietet eine Zusammenfassung des Berichtes, der von den Autoren im Rahmen des Projektes „A sustained economic revival in Kosovo - need for a liberal concept“ des ZEI und der Friedrich-Naumann-Stiftung erarbeitet wurde. Der Bericht wurde am 31. Mai 2002 in Prishtina von Otto Graf Lambsdorff, dem Ehrenvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung, vorgestellt.

Im Allgemeinen hat die jugoslawische Erblast und der Krieg das Kosovo mit einer schwachen und teilweise nicht funktionierenden Infrastruktur, einem schwachen und teilweise zerstörten Wohnsektor, einer gelähmten Ökonomie und einer Bevölkerung hinterlassen, die auf internationale Unterstützung, Auslandszuwendungen und Hilfe von

der albanischen Diaspora angewiesen ist. Das bedeutet, dass die Situation im Kosovo einmalig ist und nicht völlig vergleichbar mit der Übergangsphase in einigen anderen postkommunistischen Ländern.

Zu Beginn des Jahres 2002 steht das Kosovo am Rande einer wirtschaftlichen Erholung. Diese Erholung ist der logische nächste Schritt nach der Anfangsphase des wirtschaftlichen Nachkriegsaufbaus und der Normalisierung nach dem Krieg von 1999. Nach Annahme der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, dementsprechend das Kosovo in ein Protektorat unter der Kontrolle der UNMIK umgewandelt wurde, hielt die Wiederaufbau- und Normalisierungsphase zweieinhalb Jahre an. Diese erste Phase wurde durch den partiellen Machttransfer an die

Selbstverwaltungsorgane nach den Wahlen zur Kosovo-Versammlung am 17. November 2001 und durch den Beginn ihrer Tätigkeit abgeschlossen.

2001 stieg die Wachstumsrate auf fast 10 Prozent und das Bruttoinlandsprodukt erreichte das Niveau von ca. 2,5 Mrd. Euro. Die Inflationsrate belief sich auf 13 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist mit 50 bis 55 Prozent zwar immer noch hoch, aber doch wesentlich niedriger als 1999.¹ Obwohl die Importe immer noch 85 Prozent des BIP ausmachen und die Exporte zu vernachlässigen sind, gibt es einen positiven Trend im Bankensystem und im privaten Wirtschaftssektor.

Die Zentrale Steuerbehörde (CFA), die 1999 eingeführt wurde, hatte bis

jetzt die Verantwortung für den Etat des Kosovo. Die Steueradministration und der Zolldienst von UNMIK sammelten die Staatseinnahmen ein. Der Fortschritt zu einem selbstfinanzierenden Budget ist beträchtlich. Die Inlandseinnahmen

Neuere, empfehlenswerte
Literatur zur Statusfrage des
Kosovo:

Franz-Lothar Altmann:
**Optionen für die Zukunft des
Kosovo**, SWP-Studie S 21, Berlin,
August 2001.

Ulrich Schneckener:
**Sezession als Konfliktlösung -
Unabhängigkeit für Montenegro
und Kosovo?**, in: Leviathan,
3/2001, S. 314-336.

stiegen von einem Drittel 1999 auf beinahe zwei Drittel 2001. Die Entwicklungen des Finanzsektors sind ebenfalls positiv. Die „Banking and Payment Authority“ (BPA), Ende 1999 eingeführt, hat sieben Banken eine Lizenz erteilt und 13 weitere Kreditinstitute für Kleinkredite registriert.

Bis Ende 2001 wurden alles in allem 40.942 private Unternehmen registriert, wodurch die kleinen und mittleren Unternehmen (SME) der am meisten florierende Teil der Wirtschaft des Kosovo wurde. 36.754 von diesen haben jedoch bis zu vier Beschäftigte und arbeiten hauptsächlich im Handels- und Dienstleistungssektor. Trotzdem beschäftigen sie, zusammen mit den 350 staatseigenen Betrieben, fast 161.000 Menschen. Dadurch reduzieren sie die außerordentlich hohe Zahl der Arbeitslosen. Hinzu kommt ein gewisses Wachstum im Wohnungsbausektor.

Die sozialen Kosten dieser schwierigen Zeitspanne wurden durch die Zuwendungen der internationalen Gemeinschaft niedrig gehalten, die im Jahr 2000 mehr als 50 Prozent des konsolidierten Budgets ausmachten. Die Geldüberweisungen der albanischen Diaspora waren ein zusätzlicher Faktor für die Bewältigung der Nöte in der Nachkriegszeit. Das Kosovo hat zu Beginn des Jahres 2002 in fast allen makroökono-

mischen Parametern das Vorkriegsniveau erreicht oder sogar überschritten. Die Leistungen der letzten zweieinhalb Jahre haben einen gewissen Impuls geschaffen, eine Art Dynamik, die zusammen mit der hohen Bevölkerungsmotivation als treibende Kraft für den bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung genutzt werden könnte.

Bei seinem jetzigen Status ist das Kosovo nicht geeignet für eine Mitgliedschaft in irgendeiner internationalen Finanzorganisation und damit auch nicht imstande, von den Hilfsprogrammen des IWF oder der Weltbank zu profitieren. Es profitiert jedoch von der bereitgestellten technischen Unterstützung und der Politikberatung und erhielt einige Zuschüsse für Rekonstruktion und Rehabilitation (62 Millionen US-Dollar bis Mitte 2001).

In dieser Situation bleibt die EU der größte Geldgeber für das Kosovo. Von den ca. 5 Mrd. Euro, die seit 1991 für den westlichen Balkan ausgegeben wurden, ging mehr als eine Milliarde in das Kosovo. Der Großteil dieser Unterstützung für das Kosovo, fast 90 Prozent, wurde durch das CARDS-Programm im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU seit dem Jahr 2000 entrichtet.

Die ersten Monate des Jahres 2002 brachten nicht nur die Wahl des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Kosovos und die Entstehung der Selbstverwaltung; es wurden auch einige grundlegende Schritte eingeleitet, um den Boden für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu bereiten:

- Das Steuersystem wurde teilweise umstrukturiert, der VAT bei 15 Prozent fixiert, die Erwerbssteuer für Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von 100.000 Euro und mehr auf 20 Prozent festgesetzt und eine progressive Einkommenssteuer eingeführt. Demnach sollte es möglich sein, das Budget des Kosovo hauptsächlich auf Steuergelder zu gründen und die Zuschüsse der internationalen Geber von 50 Prozent im Jahr 2000 auf die erwarteten 15 Prozent in diesem Jahr abzuskenen.
- Eine spezielle „Kosovo Trust Agency“ (KTA), die für die Massenprivatisierung zuständig ist, wurde ins

Leben gerufen. Die KTA wird die zentrale Behörde sein, welche das Eigentum von Anlagegütern im Kosovo bearbeitet und diejenigen Güter privatisiert, die für eine Privatisierung in Frage kommen. Die KTA wird für das Management der staatseigenen Betriebe zuständig sein und sie für Privatisierungen mit Hilfe einer Strategie fit machen, die es erlaubt, die Betriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Ausgehend vom Jahr 2002 sollte sich das Fundament einer sozialen Marktwirtschaft und eines Sozialstaates, das sich auf Rechtsstaatlichkeit gründet, Schritt für Schritt entwickeln lassen, in Übereinstimmung mit dem erwünschten Konzept für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung im Kosovo. Motor einer solchen Entwicklung wäre sicherlich der jetzt schon private Unternehmenssektor, die ersten Ansätze der Zivilgesellschaft - die unzähligen NGO's - und die immer noch im Entstehen begriffenen politischen und intellektuellen Eliten. Eine öffentliche Debatte ist eine Voraussetzung für gute Resultate, muss über das Konzept doch später in der Kosovo-Versammlung abgestimmt werden, bevor es dann von der Regierung implementiert wird. Dabei ist es ein großer Vorteil, dass die internationale Gemeinschaft, UNMIK und ihre Strukturen, insbesondere die EU-Säule IV, bei der Ausarbeitung des Konzeptes wie auch bei seiner Umsetzung involviert sein werden.

Die fast 350 staatseigenen Betriebe umfassen den größten und wichtigsten Teil der kosovarischen Wirtschaft. Sie sind in verschiedenen Sektoren tätig, etwa in Baugewerbe, Landwirtschaft und Tourismus. Vor 1999 haben sie mehr als 60.000 Arbeiter beschäftigt. Heute, im Jahre 2002, sind manche gar nicht mehr in Betrieb. Nur noch 30.000 Arbeiter finden dort eine Anstellung. Die Gründe für die Entwicklung sind komplex; dazu gehören ungelöste Eigentumsfragen, die ein Schlüsselproblem für die schnellstmögliche Privatisierung darstellen. Gemäß Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates ist UNMIK für die Verwaltung der Betriebe verantwortlich. Aber bis 2002 hielt sich UNMIK bei der Initiierung von Privatisierungsprogrammen zurück. Dafür wurde eine Art

Ersatz, das so genannte Kommerzialisierungsprogramm geschaffen, mit dem Ziel, die staatseigenen Betriebe zu befähigen, im Rahmen einer Marktwirtschaft zu funktionieren. Durch einen Angebotsprozess wurde der private Sektor ermutigt, die Betriebe auf einer langfristigen Vertragsbasis zu übernehmen. Ein Angebot muss fünf Bereiche abdecken: Investitionsplan, Beschäftigungsplan, Umweltplan, Business- und Regionalerfahrung und Konzessionskosten. Das Kommerzialisierungsprogramm, das immer noch in Kraft ist, brachte Ressourcen und die Beteiligung des privaten Sektors in die Betriebe. Die ersten Ergebnisse zeigten jedoch, daß diese Leasingverträge, speziell für ausländische Investoren, nicht sehr attraktiv sind.

Schließlich bereitete die UNMIK im Jahre 2001 den Weg für eine wirkliche Privatisierung, indem sie die Entscheidung traf, die „Kosovo Trust Agency“ zu gründen. Am 17. April überreichte SRSG Steiner der Regierung den Entwurf für eine entsprechende Verordnung über die Gründung der KTA.

Bestimmungsgemäß wird die KTA die Verantwortung haben, die staatseigenen Unternehmen zu verwalten. Das heißt, dass die KTA zukünftig den Besitz der Wirtschaftsgüter im Kosovo regelt und bemächtigt ist, diese Wirtschaftsgüter zu privatisieren. Die KTA wird einen Aufsichtsrat einberufen, in dem drei Kosovaren (einer davon ein Serbe) und drei Vertreter von UNMIK sitzen. Das Privatisierungsprogramm, zusammen mit einem Gesetz über Pri-

vatisierung, wird ein Hauptbestandteil für das Konzept eines anhaltenden Wirtschaftsaufschwunges im Kosovo sein. Der Handlungsspielraum der KTA umfaßt die Verwaltung der staatseigenen Betriebe im Interesse der UNMIK sowie die Transformation der Betriebe in Aktiengesellschaften, bis hin zur Reorganisation zahlungsunfähiger Betriebe. Des weiteren kann die KTA auf die „spin-off-Methode“ zurückgreifen, welche Aktien oder Teile des Kapitals zur Seite legt, bis die Eigentumsfragen geklärt sind.

Die Privatisierung wird durch „spin-offs“ und durch freiwillige Auflösung betrieben, wobei die „spin-off-Methode“ möglich wird, wenn ein Investor bereit steht. Dann können Wirtschaftsgüter der staatseigenen Betriebe in neue Tochterunternehmen überführt werden, um dann später an den Investor verkauft zu werden. Die Betriebe bleiben Teilhaber des neuen Unternehmens. Wenn jedoch kein Investor bereit steht, dann muß die zweite Option, die freiwillige Auflösung, gewählt werden. In diesem Fall werden die Güter über eine Auktion an die Privatwirtschaft verkauft. Die gesamten Einnahmen der Privatisierung werden unter der Treuhandschaft der KTA verwaltet. Bei widersprüchlichen Eigentumsansprüchen wird das treuhändisch verwaltete Eigentum genutzt, um den legal anerkannten Anspruchsteller abzugelten.

Bevor die Privatisierung jedoch erfolgreich durchgeführt werden kann, sollten die funktionsfähigen Betriebe in einen profitablen Zu-

stand gebracht werden. Die Betriebe müssen wie private Unternehmen geführt werden. Dadurch entsteht eine schwierige Aufgabe für die KTA, deren Erfolg größtenteils von den Kompetenzen und Fähigkeiten der KTA-Teams abhängen wird.

Um erfolgreich zu sein, sollte die KTA auch versuchen, die Mängel und Mißerfolge der Privatisierung in den anderen post-kommunistischen Staaten, besonders denen des Balkan, zu vermeiden. Manche Lektionen könnten sehr hilfreich sein. Eine enge Zusammenarbeit mit der Versammlung und der Regierung, eine lückenlose Transparenz und eine Verhinderung jeglicher Korruption sind unerlässlich, um ausländisches Kapital anzulocken und den letztendlichen Erfolg des Privatisierungsprogrammes zu sichern.

Es wird mit Sicherheit ausländische Investoren geben, die sich für die Privatisierung von staatseigenen Betrieben interessieren, welche eine gewisse Bedeutung für den Binnenmarkt haben, wie z.B. das Baugewerbe und die Lebensmittelherstellung. Im Exportsektor wird das Hüttenwesen, die Metallverarbeitung, die Reifenherstellung, die Holzverarbeitung und die Textilindustrie Anklang finden. Macht man sich die Größe des kosovarischen Marktes bewußt, so wird das Exportpotential den größten Faktor in den Privatisierungen der staatseigenen Betriebe ausmachen.

Die Wahrung von Transparenz, die Einführung von effizienten Maßnahmen ohne exzessive Verwaltung, die Garantien für einen gerechten Wettbewerb und das Beharren auf einer Art Postprivatisierungskontrolle sollten weitere wichtige Aufgaben des KTA sein. Die internationale Kontrolle durch SRSG und UNMIK bieten zusätzliche Möglichkeiten, um Korruption und die Schattenwirtschaft aus dem Privatisierungsprozess herauszuhalten.

Dr. Emil Mintchev
StS a.D. Klaus Büniger

¹ Alle Daten, wenn nicht gesondert aufgeführt, sind den Publikationen der EU-Säule IV der UNMIK entnommen.

Die finanzielle Unterstützung des Kosovo durch die EU

| Programme | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | Insgesamt |
|-------------------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| OBNOVA/CARDS | 13,16 | 127,00 | 439,90 | 320,00 | 900,06 |
| Demokratie und Menschenrechte | | | 0,38 | | 0,38 |
| Besondere Maßnahmen | | | 6,00 | | 6,00 |
| Humanitäre Hilfe | | 111,70 | 28,84 | 13,92 | 154,46 |
| Nahrung und Sicherheit | | 20,90 | | | 20,90 |
| Makroökonomische Hilfe | | | 35,00 | 15,00 | 50,00 |
| Insgesamt | 13,16 | 259,60 | 510,12 | 348,92 | 1131,80 |

Quelle: EU Commission Report on the Stabilisation and Association Process.

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Eine neue ZEI-Publikation

Ein Auszug:

„Mit dem 11. September hat sich der Blick [der deutschen Konfliktbewältigung] deutlich über Europa hinaus geweitet. Der weltweite Anti-Terror-Krieg forderte von der NATO den Bündnisfall. Deutsche Soldaten patrouillieren in Kabul und verlegen auf die arabische Halbinsel. Der Balkan gerät aus dem Blickfeld. Ressourcen, Personal, Material wie Finanzen werden von dort abgezogen. Von daher liegt es nahe, den 11. September 2001 als Zäsur zu sehen, um einen Rückblick auf zehn Jahre deutscher Konfliktbewältigung zu versuchen und sich dabei auf die Balkaneinsätze zu konzentrieren, in ihrer ganzen Breite: von der Konfliktprävention über die akute Krisenreaktion bis hin zu Friedensschaffung und Konfliktnachsorge.

Dieser Rückblick erhebt weder den Anspruch, vollständig und umfassend noch „objektiv“ zu sein. Umfassend ist er nur insofern, als er versucht, die ganze Breite der deutschen Beteiligung am heutigen Balkanengagement der internationalen Gemeinschaft aufzuzeigen: von den OSZE-Missionen und der Flüchtlingshilfe über den Einsatz in den internationalen Polizeikontingenten bis hin zur deutschen militärischen Beteiligung an *peace enforcement* und *post conflict peace building*. Es wurde Wert darauf gelegt, neben der militärischen Implementierung auch die vielen Facetten der zivilen Implementierung, die oftmals - gemessen an ihrer Schlüsselbedeutung für das Gelingen der Friedensmissionen - viel zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit genießen, angemessen zu betrachten. Überall steht der *deutsche* Beitrag an diesen Missionen im Mittelpunkt, wenn auch natürlich eingebunden in eine Darstellung der Missionen als Ganzes, soweit nötig. Konkrete Einsätze werden von einzelnen Autoren vorgestellt, und dies nicht historisch-chronologisch, sondern unter der zentralen Fragestellung: Welche Lehren (*lessons learned*) lassen sich für deutsche Konfliktbewältigung aus diesen Einsätzen ziehen? Was haben wir bereits beherzigt, wo sind Verbesserungen möglich oder auch nötig - konstruktiv, in die Zukunft gerichtet?

Die Autoren wurden ausdrücklich gebeten, persönliche Erfahrungen zu reflektieren, subjektiv ihre eigenen Lehren aus dem Einsatz zu formulieren. Dies erklärt die in Stil wie Inhalt sehr facettenreiche Anlage des Buches. Die Autoren sind überwiegend Praktiker mit akademischem Hintergrund, Mitarbeiter der Bundesregierung, die in den vielfältigsten Missionen, oftmals über viele Jahre, Einsatzerfahrung gesammelt haben. Die meisten von ihnen schreiben selbst zum ersten Mal über dieses Thema. Sie legen Wert darauf, nicht offizielle Regierungspositionen darzustellen. Daß manche trotzdem mit „angezogener Handbremse“ formulieren, sei berücksichtigt.

Vorgeschaltet wird dem Kapitel über Erfahrungen aus den Einsatzgebieten ein Kapitel, das sich mit Entscheidungsstrukturen und -prozessen in der deutschen Konfliktbewältigung beschäftigt. Dies ist auch in der Politikwissenschaft ein großes Desiderat der Forschung. Anhand konkreter Fallbeispiele wird das Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen in der deutschen Konfliktbewältigung beleuchtet: Deutscher Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundeskabinett und Bundessicherheitsrat, Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Verteidigung, die Nachrichtendienste, sowie die weiteren Bundesministerien mit zunehmender Bedeutung in der Konfliktbewältigung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium des Innern. Eine systematische Darstellung ist gerade dieser Teil des Buches nicht; doch gewährt er wertvolle Einblicke, allesamt von Regierungsmitarbeitern verfaßt, die täglich mit der Materie vertraut waren oder sind. Darauf kann in künftigen Arbeiten zu diesem Thema aufgebaut werden.“

(Rafael Biermann (Hrsg.): *Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bd. 37, Nomos, Baden-Baden 2002*)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort (Klaus Naumann)

Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan - eine Einführung (Rafael Biermann)

I. Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse im deutschen Konfliktmanagement

Führung in der Krise? Die Balkankriege und das deutsche Konfliktmanagement (Hans-Ulrich Seidt)

Die deutsche Mitwirkung an den Friedensmissionen in Bosnien und Herzegowina nach Dayton aus militärpolitischer Sicht (Rainer Meyer zum Felde)

Der Bundestag als Feldherr - Die parlamentarische Beteiligung bei Einsätzen der Bundeswehr in der Praxis (Christian Schmidt)

Mitwirkung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie beim Stabilisierungsprozeß in Südosteuropa (Rainer Lucas)

Wirtschaftlicher Wiederaufbau im Rahmen des Stabilitätspaktes durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Wolfhard Behrens)

Die politische Bedeutung der Medien in der Konfliktbewältigung (Viktor Meier)

II. Erfahrungen aus den Einsatzgebieten

Zehn Jahre deutsches Konfliktmanagement im früheren Jugoslawien - Erfahrungen und Einsichten (Hansjörg Eiff)

Deutschlands Rolle in den Missionen der OSZE auf dem Balkan. Engagement - wenig Einfluß? (Sebastian von Münchow)

Zivile Implementierung eines Friedensabkommens: Im Büro des Hohen Repräsentanten in Sarajewo (Michael Flügger)

Internationale Polizei in VN-Missionen auf dem Balkan - Erfahrungen aus den Einsätzen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo (Detlef Buwitt)

Flüchtlingshilfe und -rückkehr (Julija Pezer)

Die NATO-Luftoperationen im Kosovo (Jan Kuebart)

Bataillonskommandeur im Kosovo. Erfahrungen im Einsatz (Thomas Will)

Das Konzept der *interlocking institutions* - Realität oder Chimäre im Einsatz? (Friedrich Christian Haas)

III. Schlußfolgerungen

Deutsche Mitwirkung an der Konfliktbewältigung auf dem Balkan - Versuch einer Zwischenbilanz (Rafael Biermann)

Nächste Ausgabe: EU und NATO vor der Beitrittsentscheidung



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI

Koordinator: Dr. Rafael Biermann

Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev

Dr. Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG

CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES

RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI

Walter-Flex-Str. 3

D-53113 Bonn

Fax: 0228 / 731894

e-mail:

soe.monitor@uni-bonn.de